

Ein neues Lied, ein besseres Lied?

Mehr Bewegungsspielraum für Sozialisten in einer objektiv verschlechterten Lage der arbeitenden Klasse. Die Berliner Stadtmusikanten zur Dialektik der politischen Situation anlässlich der Konferenz antikapitalistischer Linker am 14. Oktober

Keine linke Zeitung, sondern die gut bürgerliche "Zeit" berichtete jüngst: "67 Prozent der Befragten wollen Unternehmen wie die Bahn sowie die Energieversorgung in staatlicher Hand lassen. [...] 68 Prozent der Befragten sind für die Einführung von Mindestlöhnen. 62 Prozent halten die Beteiligung der Bundeswehr an Einsätzen in Afghanistan für 'eher falsch'; 82 Prozent fordern, das gesetzliche Rentenalter wieder von 67 auf 65 Jahre zu senken." Die Umfragen machen deutlich, wie unzufrieden viele Menschen in Deutschland sind. Die Stimmung hat sich geändert. Selbst die BILD-Zeitung schreibt regelmäßig über die Stagnation der Realeinkommen. Man darf heftig über den Finanzkapitalismus schimpfen – und gleichzeitig haben die meisten Leute haben Hartz IV schon lange als Normalität akzeptiert.

In den letzten fünf Jahren hat sich dieses Land verändert – mit, durch und vor allem gegen die Linken. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen. Wir müssen unseren Anteil am Ergebnis ausmachen und nach neuen Wegen suchen, damit wir in den nächsten Jahren nicht nur über Kapitalismus und Ausbeutung reden, sondern auch einiges dagegen tun können.

Wir Stadtmusikanten gehören zu den Linken, die an der Entstehung der heutigen Kräfteverhältnisse auf ihre Weise beteiligt waren. Wir haben drei Jahre lang versucht, mit der Berliner WASG eine andere linke Politik möglich zu machen. Mit unserem Eintreten für einen eigenständigen Wahlantritt gegen die rechtsliberale Politik der Regierungssozialisten in der Hauptstadt hatten wir, zusammen mit vielen anderen, die Latte hoch gehängt – und mit dem deutlichen Scheitern an der 5-Prozent-Hürde gerissen. Die Mehrheit in der Berliner WASG, die 10 Monate lang für den eigenständigen Wahlantritt stand, ist rasch zerfallen. Die anti-neoliberalen Hoffnungen, um derentwillen sich zuvor sozialliberale Sozialstaatsverteidiger und radikale Sozialisten vertragen und einander ertragen hatten, waren enttäuscht. Eine politische Grundlage für eine Mitarbeit in der Berliner LINKEN sehen wir aber nicht, und haben uns deshalb in der Berliner Alternative Solidarität und Gegenwehr organisiert, die ihre Position so beschrieben hat: "Uns geht es darum, die Selbsttätigkeit der von Sozialabbau, Lohnraub und Privatisierungen Betroffenen zu unterstützen, die Zusammenhänge zwischen den Aktiven in den verschiedenen Feldern zu stärken und eine solidarische Alternative zur kapitalistischen Misere zu entwickeln."

Keine Krise dauert ewig

Die Bundesrepublik von heute erfüllt die Maastricht-Kriterien, die Mehrwertsteuererhöhung hat den Aufschwung nicht verhindert, die Unternehmen loben die gewachsene Konzessionsbereitschaft der Beschäftigten, die Beschäftigtenzahlen steigen: Allein die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse nahm vom Juli 2006 zum Juli 2007 um mehr als 550 000 auf fast 26,9 Millionen zu. Entgegen den Versicherungen der keynesianischen Kritiker des neoliberalen Mainstreams ist der Wirtschaftsaufschwung ohne eine Stärkung der Massenkaufkraft zustande gekommen: Die Konsumausgaben der privaten Haushalte sind 2005 um 0,1 %, 2006 um 0,8 % und 2007 wahrscheinlich um 0,5 % "gestiegen".

Obwohl die Beschäftigung zunimmt, also mehr Menschen Erwerbseinkommen haben, nimmt der Massenkonsum nicht zu! Die Realeinkommen stagnieren. Das Motto lautet: "Mehr arbeiten für weniger Geld." Die Arbeitszeiten der Beschäftigten steigen, Arbeitszeitkonten werden gefüllt und Überstunden gefahren – erst danach folgt auch eine Ausweitung der Beschäftigung. Damit ist klar, aus welchen Quellen die Unternehmen die Investitionen finanzieren, die mit der Exportproduktion den Aufschwung prägen: Die Gewinne sprudeln kräftig, Ausbeutung lohnt sich in Deutschland. Und damit es so bleibt, stiegen im Jahr 2006 die Anlageinvestitionen um 5,6 %, und im Jahr 2007 wird es voraussichtlich ein Anstieg um 6,9 % sein.

Die deutsche Bourgeoisie hat die Wirtschaftskrise nach dem Ende der "new economy" als unausweichliche, wenn auch gewaltsame Ausgleichung von Widersprüchen der Akkumulation anerkannt – und erfolgreich zur Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse genutzt. Seit Jahren sind die Interessenvertretungen der abhängig Beschäftigten auf einem unkontrollierten Rückzug. Die Verschärfung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt durch die Hartzgesetze zeigt wieder einmal, das gleiche Interessen noch lange kein gemeinsames Handeln hervorbringen müssen. "Teile und herrsche" heißt die Devise. Zwar nimmt mit der Aussicht auf das ALG-II auch die Konfliktbereitschaft von Schließung bedrohter Belegschaften zu. Das gewachsene Erpressungspotential der Unternehmer zeigt sich aber gleichzeitig in der breiten Zunahme von Betriebsvereinbarungen, mit denen – meist im Stillen – selbst die vorhandenen Tarifverträge unterlaufen werden. Und seit Einführung des ALG-II werden immer öfter Tarifverträge gebrochen, um ohne einen Vorwand direkt und offen die Profite zu erhöhen – die Telekom ist nur das jüngste Beispiel. Auch im Aufschwung hat der Klassenkampf keine Pause.

Der innenpolitischen Handlungsfreiheit entspricht der außenpolitische Erfolg. Die Bundeswehr bewährt sich als Hilfstruppe im "Krieg gegen den Terror", ohne an der Blamage des großen Bruders im Irak teilzuhaben. Der Grundlagenvertrag für die EU verspricht ein funktionales Äquivalent für den gescheiterten Verfassungsentwurf, wobei sich die Mächte des alten Kerneuropa um Deutschland und Frankreich weitgehend durchgesetzt haben. Die Bundesregierung traut sich sogar zu, einen kapitalistischen Ausweg angesichts der globalen Probleme von Klimaerwärmung und Umweltzerstörung zu finden. Wer die Kosten für die europäische Weltpolitik aufbringen soll, ist angesichts der Machtverhältnisse im Innern keine offene Frage: Kriege und Unterdrückung in aller Welt können nicht von einer Bevölkerung verhindert werden, die schon in den alltäglichen Auseinandersetzungen um ein bescheidenes Auskommen regelmäßig den kürzeren zieht.

Was heißt "links"?

Der Einzug der Linksfraktion in den Deutschen Bundestag und die Gründung der neuen Partei "Die LINKE" hat diese Situation nicht geändert. Als rein parlamentarische Kraft steht sie einer großen neoliberalen Einheitsfront aller anderen Parteien im Deutschen Bundestag gegenüber. Ihre außerparlamentarische Verankerung verträgt sich aber schlecht mit der führenden Rolle der Parlamentsfraktionen und hauptamtlichen Apparate, wie sie im Parteibildungsprozeß zu erkennen war. Die Partei beklagt mit Oskar Lafontaine die Spaltung der Gesellschaft – und beschränkt sich mit ihm auf soziale Rhetorik als höchste Form des Klassenkampfes. Das sozialliberale Versprechen, daß ein anderer Kapitalismus möglich wäre, ist keine Basis für linke Politik.

Linke Politik heißt, einen Beitrag zur Selbstbefreiung der abhängig Beschäftigten und

Erwerbslosen zu leisten. In diesem Sinne ist in der Protestbewegung gegen die "Agenda 2010" und während der Anti-Hartz-Protteste viel geschehen. Neue Leute haben alte linke Wahrheiten für sich entdeckt, alte Linke haben zu neuen Aktions- und Organisationsformen gefunden. Trotzdem ist im Ergebnis dieses Aufbruchs keine neue linke Bewegung entstanden, sondern nur eine ziemlich konventionelle parlamentarische Partei. Kaum eine Spur findet sich noch von den entschiedenen Linken, die vor drei Jahren aufgebrochen sind, das angekündigte reformistische Projekt einer "neuen Linkspartei" radikal zu würgen. Das Ausmaß ihrer Niederlage wird daran deutlich, daß sie sich keine inhaltliche Kritik am Hoffnungsträger Lafontaine zutrauen und sich innerparteilich der Logik des "kleineren Übels" beugen, die sie für die Partei als Ganzes immer entschieden abgelehnt haben.

Die erfolgreiche Marginalisierung der entschiedenen Linken in der neuen Partei spiegelt nicht nur subjektive Fehler und die Macht des Apparates. Sie entsteht auch aus einer tiefen Unsicherheit auf Seiten der deutschen Linken, die es gewohnt ist, sich zwischen sozialer Verankerung und sozialistischer Radikalität entscheiden zu müssen. Und was heißt überhaupt "sozialistisch" und "radikal"? Siebzehn Jahre nach dem Ende des Ostblocks ist die Identifikation von "Sozialismus" mit den Zuständen unter politbürokratischer Herrschaft stärker denn je. Deshalb sind die schönen Erinnerungen an die DDR im Osten Deutschlands so harmlos: mit ihnen verbindet sich unweigerlich der Gedanke, daß "es" halt leider "nicht geht."

Trotzdem scheint heute – anders als noch vor einigen Jahren – ein Neuanfang einer klassenorientierten sozialistischen Linken nicht nur nötig, sondern vielleicht auch möglich. Die Erfahrungen und das gegenseitige Vertrauen aus den Konflikten der letzten Jahre können für die Verbindung außerparlamentarischen Widerstands und linker Debatten fruchtbar gemacht werden – innerhalb und vor allem auch außerhalb der neuen Partei.

Innerparteiliche Konflikte der LINKEN – und ihre Grenzen

Es ist klar, wie die beiden großen Lager in der Partei "Die Linke." aussehen. Auf der einen Seite die Anhänger einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik, die auf allen politischen Ebenen die Privatisierung öffentlichen Eigentums heftig kritisieren, keynesianisch inspirierten Konzepten zum Durchbruch verhelfen und mit der Losung einer "Erneuerung des Sozialstaates" wahlpolitisch das Erbe der Sozialdemokratie antreten wollen. Prominentester Fürsprecher dieser Richtung ist einer der Parteivorsitzenden, Oskar Lafontaine. Er gilt als "linke Hoffnung" in der neuen Partei, gerade auch für Teile der Mitgliedschaft der L.PDS in den ostdeutschen Landesverbänden.

Sein Führungsanspruch ist jedoch nicht allgemein anerkannt, im Gegenteil: Eine breite Strömung von kommunal-, landes- und bundespolitischen Funktionsträgern der PDS hat das TINA-Prinzip tief verinnerlicht und sieht in den Reden Lafontaines lebensferne, ja verantwortungslose Propaganda. Sie verteidigen entschlossen die Regierungsbeteiligungen der PDS und sind keinesfalls um eine Rechtfertigung ihrer unternehmerfreundlichen Praxis verlegen, die in einem Punkt nahtlos an die vulgärmaterialistischen Traditionen des Marxismus-Leninismus anknüpfen kann: Aufgrund der gewaltigen Produktivkraftentwicklung dürften gerade Marxisten dem modernen Kapitalismus und der Globalisierung ihre Anerkennung nicht versagen. Tarifbruch im öffentlichen Dienst in Berlin seit 2003, Privatisierung von Wohnungen und öffentlicher Daseinsvorsorge nicht nur in Dresden? Alles Peanuts angesichts des Übergangs zur Wissensgesellschaft!

Die Gründung der neuen Partei betrieben beide großen Lager trotz der erkennbaren Gegensätze gemeinsam. Die Propaganda für eine sozialliberale Reformpolitik im Rahmen der gegebenen Kräfteverhältnisse hat als einigende Klammer und praktisches Rezept alle anderen Differenzen im Prozeß der Parteibildung zurücktreten lassen. Ob sich diese friedliche Koexistenz in den Widersprüchen der wirtschaftlichen und politischen Konjunktur halten lassen wird?

Die PDS – eine ostdeutsche Linke

Die Mehrheit der Mitglieder der neuen Partei kommt aus der L.PDS, und zwar aus den ostdeutschen Landesverbänden. Bis heute gelten sie ihren politischen Gegnern als Mitglieder der "SED- Nachfolgepartei". Wie jede erfolgreiche Propagandalosung enthält auch dies ein Körnchen Wahrheit. Die PDS wurde in ihrer ganzen Geschichte durch ihre Entstehung aus der DDR-Staatspartei geprägt. Die Gründe dafür liegen aber nicht allein in der DDR, sondern vor allem in der Entwicklung des Anschlußgebietes Ost seit 1990: Die Zurichtung eines ganzen Landes zu einer abhängigen Provinz des vergrößerten Deutschland ließ keinen Raum für einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch aus eigener Kraft – um so mehr, als die Bevölkerungsmehrheit auf diese eigene Kraft nicht vertraut und sich aus freien Stücken 1990 für den Kapitalismus entschieden hatte. Deshalb hat sich neben der PDS keine relevante, sozial verankerte Linke entwickeln können. In der andauernden ostdeutschen Depression blieb nur ein Rest der alten Staatspartei als stabilisierender Faktor und Appellationsinstanz bestehen.

Daß die "Montagsdemonstrationen" gegen Hartz IV im Sommer 2004 nicht als linke Veranstaltung geplant waren, lag nicht nur an den unpolitischen Illusionen der ersten Demonstranten, die mancherorts keine Grenze nach Rechts ziehen wollten oder konnten. Es lag an der Schwäche der unabhängigen Linken, die nur punktuell, wenn auch langfristig erfolgreich intervenieren konnten. Und es lag an der Ablehnung oppositioneller Selbstorganisation von unten durch die Verwaltungslinke in der PDS, die sich nachhaltig in Landtagen, Landesregierungen und Kommunalvertretungen eingerichtet hat. Als Rechtfertigung der Berliner Regierungsbeteiligung und als Antwort auf die Montagsdemonstrationen ergänzte sie im Herbst 2004 ihre die gerade erst beschlossene Programmatik um das "Potsdamer Dreieck": Die Versuchung einer sozialen Opposition von links soll seither in "Visionen" und "Mitgestaltung" kontrolliert aufgehoben werden.

Sicherlich kann man versuchen, dieses "Potsdamer Dreieck" auch anders zu interpretieren. Viel Aussicht auf Erfolg hat das nicht. Denn seit dem Sommer 2003, der Überwindung der letzten Krise der PDS, ist die Partei fest in den Händen ihrer ostdeutschen Landtagsfraktionen. Wichtige Fragen werden zunächst im engeren Kreis der Fraktionsvorsitzenden geklärt. Auch nach der Parteigründung wird dieser Kreis eine besondere Rolle spielen, hat er doch mit der Bewältigung der strittigen Themen des Parteibildungsprozesses ausreichend Erfahrungen. Und die Befürworter einer bestenfalls sozialliberalen Mitgestaltungspolitik können sich auf eine wichtige Erfahrung stützen: Sie haben nach 2002 auch ohne Bundestagsfraktion überleben können. Sie sind in ihren Ländern nicht von einer Kooperation mit der WASG abhängig. Schließlich haben sie aufgrund ihres Zugangs zu Geldern und Informationen ihre Landesverbände im Griff. Ein Aufbegehren der eigenen Delegierten wie nach der Niederlage Ende 2002 auf dem Bundesparteitag in Gera wird sich nicht wiederholen. Wer auf andere Mehrheiten in der neuen Linken rechnet, sollte seine Verbündeten sehr genau prüfen und zählen. Die real existierenden Mehrheiten in der L.PDS haben nicht

vor, ihre Politik der letzten Jahre in Frage zu stellen.

Die WASG – Sehnsucht nach einer Politik für alle

Die Gründung der Wahlalternative ASG war 2004 ein Versuch, den verschärften sozialen Konflikten in diesem Lande und der entstehenden sozialen Opposition auf der Straße auf parteipolitischer, parlamentarischer Ebene Ausdruck zu geben. Denn auch in den alten Bundesländern geht es den meisten Leuten Schritt für Schritt immer ein bißchen schlechter. Die alte Ausrede der radikalen Linken – die Reformisten und das Kapital könnten die Massen mit kleinen Fortschritten in der Lebenshaltung kaufen – zieht nicht mehr. Trotzdem folgte auf den Bankrott des realexistierenden Reformismus an der Macht seine ideale Wiederauferstehung in der Opposition, die Beschwörung der sozialdemokratischen Ziele und Mittel in der "Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit".

Die WASG wurde als antineoliberale und de facto westdeutsche Sammlungsbewegung gegründet, mit dem Anspruch, die Interessen der breiten Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten. Sorgfältig vermied man das Wörtchen "links" nicht nur im Programm, sondern auch in einfachen Verlautbarungen und Interviews. Tatsächlich zeigte sich in der Mitgliedschaft eine größere politische Breite, als in erklärtermaßen linken Organisationen, der Pragmatismus in programmatischen Fragen war und ist sehr groß. Diese Aspekte wurden von der Mehrheit der Mitglieder positiv gesehen. Aber entgegen der klassenneutralen Selbstdarstellung war die WASG de facto eine Partei der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, denn das waren die Menschen, die sie – wenn überhaupt – als Interessenvertretung akzeptieren und auch wählen wollten. Und natürlich spielten organisationserfahrene Linke eine entscheidende Rolle beim Aufbau der Organisation, oft, aber nicht nur enttäuschte Sozialdemokraten. Doch dieses Projekt von Linken sollte keinesfalls ein linkes Projekt sein. Viel zu tief saß die Angst vor der eigenen Marginalisierung. Über weite Strecken war das Programm so scharf und sexy wie Kamillentee. Trotz mancher Kraftmeierei in den politischen Stellungnahmen waren die Protagonisten tief unsicher über die Aussichten ihres Vorhabens. Sie wußten genau: Die WASG stand eben nicht für "die" Gewerkschaften und schon gar nicht für "die" Normalbürger-West. Einige Aktivisten und Funktionäre einiger Gewerkschaften haben sich in der WASG massiv engagiert. Aber sie standen nicht für ihre Organisationen, mochte programmatisch auch noch so große Übereinstimmung herrschen.

Nur aus der Unsicherheit über die politische Perspektive läßt sich die rasche Aufgabe der eigenen Identität erklären, als die WASG im Bundestagswahlkampf 2005 unter der Führung des plötzlich entschlossenen Oskar Lafontaine die PDS im Bundestagswahlkampf verstärkte. Die daraus entstandene Bundestagsfraktion war von Anfang an als Schaltzentrale einer Partiefusion gedacht, die an keiner Stelle den Spitzen aus dem Ruder laufen sollte. Tatsächlich erwies sich rasch, daß allein die WASG – mit der Hoffnung auf eine schönere Zukunft gelockt oder mit einem drohenden Rückzug Lafontaines erschreckt – aus der Bundestagsfraktion "Die Linke" kontrolliert werden konnte, während verschiedene PDS-Gliederungen mit großer Regelmäßigkeit dem alten Motto folgten: "Rußland ist groß, der Zar ist weit." Nur in einer Frage zeigte sich die WASG bis zum Schluß hartleibig: Man wollte eine Ost-Westquotierung auf den Parteitag und eine Parität zwischen WASG und PDS bei der Gründung. Als ob die Weichenstellungen in der Partei von Satzungsparagraphen abhängen würden! Als diese Bedingung erfüllt war, stand der Zustimmung der WASG-Parteitage nichts mehr im Wege. Zwar scheiterten alle Versuche, programmatische

Selbstverständlichkeiten für eine neue Linke im Text zu verankern an der fehlenden Zustimmung der L.PDS, dennoch sind die Befürworter der Fusion frohen Mutes, mit ihren Argumenten künftig durchzudringen. Die Mitglieder der WASG teilten diese Zuversicht zumeist nicht. Jeder zweite blieb der letzten Urabstimmung fern. Ob sie sich für einen Kampf der Richtungen in der neuen Partei wieder mobilisieren lassen, steht dahin.

Wo ist der Platz für eine entschiedene Linke?

Die absehbaren Konflikte zwischen den keynesianischen Nachfragetheoretikern aus WASG und L.PDS einerseits, den rechtsliberalen Regierungsbeteiligungssozialisten andererseits können eine entschiedene, klassenorientierte Linke nicht gleichgültig lassen. Ihre Aufgabe besteht aber nicht darin, sich als radikale Hilfstruppe Oskar Lafontaines in den Fraktionskampf zu stürzen. Vielmehr geht es darum, die gewonnenen Erfahrungen und Kontakte für die Verbindung außerparlamentarischen Widerstands und linker Debatten zu nutzen – innerhalb und vor allem auch außerhalb der neuen Partei. Es geht um politische und soziale Organisationen, in denen die Erfahrungen ermüdender Konkurrenz und alltäglichen Klassenkampfes verarbeitet werden können.

Innerhalb der LINKEN stellt sich ein Problem, an dem bisher alle linken Kritiker in der PDS gescheitert sind: Keiner Strömung ist es gelungen, neben der ideologischen Polemik eine entsprechende Praxis aufzubauen. Organisatorisch sind sie über die Rolle nörgelnder Trittbrettfahrer nicht hinausgekommen. Eine wirklich antikapitalistische Linke müßte sich neben der Behauptung in den innerparteilichen Auseinandersetzungen auch noch als nach außen aktionsfähige politische Organisation bewähren. Wie diese zwei Aufgaben zu erfüllen sind, müssen die Kolleginnen und Kollegen entscheiden, die in diesen Konflikten drinstecken. Wir können dazu von außen nur wenig sagen.

Außerhalb der neuen Partei gilt es, die Niederlage der entschiedenen Linken in der Parteibildung nicht als Bestätigung der eigenen Theorie und Praxis mißzuverstehen. Die Erfolge der deutschen Bourgeoisie sind auch ein Hinweis auf die Unzulänglichkeiten der vorhandenen linken Organisationen. Worin diese Unzulänglichkeiten genau bestehen, werden wir noch diskutieren müssen.

Ein Netzwerk regionaler sozialistischer Initiativen könnte aber zeigen, daß wir einiges aus den politischen Konflikten der letzten Jahre gemeinsam gelernt haben. Deshalb wollen wir eine Sozialistische Koordinierung, die einzelnen linken Gruppen und unabhängigen sozialistischen Linken in Stadt und Land eine zuverlässige Kooperation, Debatte und gemeinsame Aktionen ermöglicht.

Die in den letzten Jahren so oft beschworene Einheit der Linken ist kein Ergebnis von höflicher Diplomatie, von programmatischem Streit und taktischen Kompromissen. Die Einheit der Linken hat ihre Grundlage an der großen und kleinen Solidarität der abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen, egal welcher Hautfarbe und Nationalität. Diese Solidarität ist nicht alles – aber ohne sie ist alles nichts.

Berliner Stadtmusikanten, 11.10.07; mail: moominek@aol.com